

KEINE RENDITE MIT DER MIETE!



Der Senat ist vor 1,5 Jahren mit dem – bis jetzt unerfüllten – Versprechen angetreten, jährlich 6.000 Wohnungen zu schaffen, um so Wohnungsmangel und steigende Mieten in Hamburg zu bekämpfen. Mit einer Bundesratsinitiative zur Mietpreisdeckelung bei Neuvermietungen versucht sich die SPD darüber hinaus als Partei der Mieter_innen zu inszenieren. Doch ihre Regierungspraxis sieht anders aus:

Die versprochene Förderung von 1/3 der 6.000 zu bauenden Wohnungen als Sozialwohnungen ist angesichts von tausenden Sozialwohnungen, die jährlich aus der Bindung fallen, nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein. 2013 wird das 10.856 Wohnungen betreffen, die anschließend zu „marktüblichen“ Mietpreisen weitervermietet werden können! Hinzu kommt, dass nur 1.200 Sozialwohnungen im 1. Förderweg errichtet werden sollen (für Mietpreise von 5,90 Euro/qm) – Anspruch auf eine solche Wohnung hätten dagegen 42 Prozent der Hamburger Haushalte! Der Bestand an bezahlbaren Sozialwohnungen sinkt so immer weiter ab.

Die „Wohnungsbauoffensive“ der SPD bedeutet faktisch ein Bündnis mit den Investor_innen und Immobilienfirmen, also denjenigen, die von den steigenden Mieten profitieren! Vor Ort äußert sich diese Wohnungspolitik im Abriss bestehender preisgünstiger Wohnungen. Mieter_innen und Initiativen, die sich dagegen wehren, werden von Politik und bürgerlichen Medien dann beschuldigt, den dringend benötigten Wohnungsbau aufzuhalten. Gebaut werden jedoch Eigentums- oder hochpreisige Mietwohnungen, die für die meisten Hamburger_innen unbezahlbar sind. Anstatt Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum zur

Verfügung zu stellen und realen Einfluss von Anwohner_innen auf die Stadtplanung zuzulassen, sorgt der SPD-Senat bei Bauprojekten wie beispielsweise der „Mitte Altona“ dafür, dass finanzstarke Investoren (in diesem Fall ECE und Aurelis) zum Zug kommen, um die Flächen optimal zu verwerten - begleitet von „Bürgerbeteiligungsverfahren“, bei denen die „Beteiligten“ nichts zu sagen haben. Die Folgen: weitere Gentrifizierung und Verdrängung.

Die wenigen Maßnahmen, die dem Profitinteresse der Immobilienwirtschaft zuwiderlaufen würden, stellen Bundesratsinitiativen dar, deren Verwirklichung unter den derzeitigen Machtverhältnissen auf Bundes- und Länderebene kaum Chancen haben wird. Der SPD-Senat betreibt hier reine Kosmetik, um sich als mieter_innenfreundlich zu präsentieren.

WOHNRAUM VERGESELLSCHAFTEN!

Unsere Vorstellungen einer sozialen und solidarischen Wohnungspolitik sehen anders aus! Es reicht nicht, lediglich ein paar tausend mehr neue Wohnungen als vom Senat geplant zu fordern oder einen größeren Anteil an Sozialwohnungen. Wir müssen die kapitalistische Organisation des Wohnraums grundlegend in Frage stellen! Häuser und Wohnungen sind existenzielle Güter, deren Nutzung gesellschaftlich zum Wohle aller organisiert werden müsste. Dafür müssen wir allerdings eine Logik in Frage stellen, die Wohnraum zu einer Ware macht, die uns steigende Mietkosten, der anderen Seite dagegen steigende Gewinne beschert. Für uns heißt das, Wohnraum zu vergesellschaften, Häuser und Wohnungen als Allgemeingut

zu begreifen. Wohnraum der Kontrolle durch seine Nutzerinnen und Nutzer zu unterstellen und neue gesellschaftliche Regelungen zur Vergabe von Wohnraum jenseits von Markt und Staat zu entwickeln.

MIETBERGRENZE JETZT!

Die Forderung nach mehr Sozialwohnungsbau ist zwar nicht falsch, da sie das akute Problem des Mangels an Wohnraum für Menschen mit wenig Einkommen aufgreift und zum Thema macht. Faktisch läuft sozialer Wohnungsbau aber nicht nur auf die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum hinaus, sondern auch auf eine staatliche Subventionierung von Vermieter_innen, deren Verluste an Mieteinnahmen vom Staat kompensiert werden. Hinzu kommt, dass Sozialbindungen nach 15 Jahren auslaufen, was für viele Mieterinnen und Mieter nach dieser Zeit rasant steigende Mieten oder den erzwungenen Auszug bedeutet. Um wirklich dauerhaft bezahlbaren Wohnraum sicherzustellen und die Mietpreisexplosion zu unterbinden, müssen wir uns aber mit denjenigen anlegen, die von den steigenden Preisen profitieren: dem Immobilienkapital. Wir treten deshalb dafür ein, die Profite mit Wohnraum einfach zu unterbinden und eine Mietobergrenze von 4 Euro/qm einzuführen.

NEHMEN WIR UNS DIE STADT!

Gleichzeitig müssen wir aber selbst aktiv werden: Es reicht nicht, uns über steigende Mieten und die Qual der Wohnungssuche zu ärgern. Die Aneignung

der leerstehenden 1 Million Quadratmeter Büroraum wäre dabei eine ganz praktische Möglichkeit, der Wohnungsnot zu begegnen. Wir müssen uns als Mieter_innen gegen Schikanen der Vermieter_innen zur Wehr setzen, uns bei Mieterhöhungen oder drohender Verdrängung nicht nur juristischen Rat holen, sondern auch als Betroffene zusammenschließen und gemeinsam handeln. Und nicht nur bei privaten Vermieter_innen, auch bei der SAGA-GWG oder in Genossenschaften dürfen wir uns nicht alles bieten lassen. Zahlreiche Initiativen in den Hamburger Stadtteilen machen es uns vor.

Wie auch die Hafensstraße, mit der wir heute 25 Jahre Barrikadentage feiern. Die Hafensstraße ist nicht nur in die Geschichte eingegangen, sondern ist bis heute lebendiges Beispiel für erfolgreiche Wohn- und Freiraumkämpfe. Zudem lohnt auch in Sachen Wohnraumkämpfe der Blick über den Hamburger Tellerand: auch in anderen Städten brodeln es. In Freiburg und Berlin finden heute zeitgleich Demonstrationen gegen Wohnraumnot und Gentrifizierung statt. Erst kürzlich haben Nachbar_innen und weitere Unterstützer_innen in Berlin erfolgreich eine Zwangsräumung eines langjährigen Mieters verhindert – ganz nach spanischem Vorbild.

**Vernetzen wir uns und kämpfen gemeinsam für unsere Rechte, gegen den Mietenwahnsinn!
Die Stadt gehört uns!**

*Avanti – Projekt undogmatische Linke
Hamburg, 10.11.2012*



HAMBURG.AVANTI-PROJEKT.DE

HEUTE ABEND, 10.11., 20 UHR
DISKUSSIONSVERANSTALTUNG MIT
HAUSBESETZER_INNEN AUS SEVILLA
IM RAHMEN VON 25 JAHREN BARRIKADENTAGE IN DER HAFENSTRASSE
AULA DER GANZTAGSSCHULE ST.PAULI,
BERNHARD-NOCHT-STRASSE 12